



Öffentlicher Dienst: Beschäftigte verdienen sattes Lohnplus

ÖD-Tarifrunde steht an

Der Startschuss für das tarifpolitische Jahr 2023 ist gefallen. Nachdem im vergangenen Herbst im Chemiesektor und in der Metall- und Elektroindustrie Lohnabschlüsse erzielt wurden, die zusammen mit den politischen Entlastungspaketen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Einkommen in der gegenwärtigen Krise leisten, kam es bei der Deutschen Post AG zu einer ersten Tuchföhlung. Und demnächst wird auch die Verhandlungsphase der Tarifrunde im öffentlichen Dienst für Bund und Gemeinden beginnen. Es geht um die Entgelte von rund 2,5 Mio. Beschäftigten.

Zwischen Corona und Inflation

Hinter dem Personal im ÖPNV, der Abfallwirtschaft, im Erziehungs- und Pflegebereich, in den Verwaltungen und in vielen anderen Berufsfeldern liegen anstrengende Zeiten. Als die Corona-Pandemie tobte, hielten sie mit ihrer engagierten Arbeit das öffentliche Gemeinwesen trotz aller (auch personellen) Widrigkeiten am Laufen. Nun sehen sie sich seit Monaten durch rasant steigende Lebenshaltungskosten mit herben finanziellen Einbußen ausgesetzt. Die Forderung nach einem satten Lohnplus ist daher mehr als berechtigt!

Arbeitgeber in Blockadehaltung

Aber noch bevor eine Forderung im Raum stand, wurde von der Arbeitgeberseite bereits abgeblockt und vor zu hohen Ansprüchen gewarnt. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) lehnt einen Mindestbetrag, der gerade Beschäftigten im unteren und mittleren Einkommensbereich helfen und dem Auseinanderdriften des Lohngefüges entgegenwirken würde, rundheraus ab. Etwas Konstruktivität könnte nicht schaden.

Deutschland in der EU Schlusslicht

Fakt ist: In der Europäischen Union (EU) gibt kaum ein Land weniger Geld für das Personal des öffentlichen Dienstes aus als die Bundesrepublik. Hierzulande sind es nur 8,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), während sowohl im EU-Durchschnitt als auch in vergleichbaren Ländern wesentlich

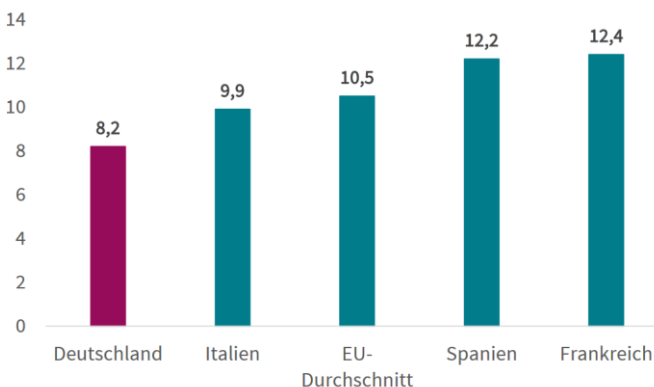
mehr ausgegeben wird (siehe Grafik). Um sie zu entlasten und ihre gute Arbeit zu honorieren, verdienen die Beschäftigten jetzt höhere Löhne. Angesichts des Beschäftigungsvolumens wäre dies auch ein kräftiger Impuls für die Binnenwirtschaft.

Attraktive Bezahlung für mehr Fachkräfte

Von den Arbeitgebern darf dabei auch nicht vergessen werden, dass der öffentliche Dienst im knallharten Wettbewerb um Fachkräfte steht. In den

Personalausgaben für den öffentlichen Dienst in Europa

– Angaben in Prozent des BIP / Stand: 2021 –



8,2%

Mehr vom BIP gibt Deutschland für Personal im öffentlichen Dienst nicht aus

Quelle: Eurostat 2023; eigene Darstellung

letzten zwanzig Jahren ist die Tarifentwicklung bei Bund und Kommunen etwas hinter der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben. Gleichzeitig hat sich die Arbeit in vielen Bereichen enorm verdichtet. Wer händeringend nach qualifiziertem Personal sucht und Altersabgänge ausgleichen will, muss deshalb dringend für eine attraktive Bezahlung sorgen, weil sich Nachwuchskräfte ansonsten für Angebote in anderen Branchen entscheiden würden.

Lohnplus mehr als verdient

In den Tarifverhandlungen sollten der Bund und die Kommunen also ein klares Signal der Wertschätzung an ihre Beschäftigten senden und ein ordentliches Angebot auf den Tisch legen. Eine dauerhaft bessere Bezahlung ist die logische Ergänzung zu den politischen Entlastungsmaßnahmen. Davon kann der öffentliche Dienst nicht ausgenommen werden. Knausrigkeit gegenüber den eigenen Leuten ist keine Tugend!